



Transformation in der Automobilwirtschaft



Im Gespräch mit den wirtschaftspolitischen Spitzen der Bundestagsfraktionen: Prof. Dr. Oliver Falck, Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien, IHK-Hauptgeschäftsführer Thomas Albiez und Prof. Dr. Tim Hosenfeldt, Leiter im Bereich Innovation der Schaeffler AG (von links). Foto: DIHK / Nils Hasenau

Wie kann Industriepolitik in Zeiten des technologischen Wandels in der Automobilwirtschaft aussehen? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion mit den wirtschaftspolitischen Spitzen der Bundestagsfraktionen in Berlin. Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwarzwald-Baar-Heuberg, rückte – laut IHK-Pressemitteilung – die Chancen und Herausforderungen für mittelständische Zuliefererunternehmen in den Fokus.

„Die parteiübergreifenden Bekenntnisse zur Technologieoffenheit und zum Wettbewerb verschiedenster Antriebsformen können durchaus eine Chance für die kleinen und mittelständischen Zuliefererunternehmen sein, gestärkt aus dem Transformationsprozess in der Automobilwirtschaft herauszugehen“, so Albiez. Gleichzeitig gab er zu bedenken, „dass diese Versprechen aus dem neuen Koalitionsvertrag beim Großteil der mittelständischen Automobilzulieferer nicht ankommen. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen.“

Sie seien einerseits extrem abhängig von den Herstellern und ihren Systemlieferanten und könnten andererseits nur schwer abschätzen, inwieweit sich Investitionen in neue Technologien und Produkte in der Zukunft bezahlt machen

Transformation in der Automobilwirtschaft

werden. Ohne die Innovationskraft und das Know-how dieser Zulieferer werde der Transformationsprozess aber kaum gelingen können. „Daher wird sich die Politik auch daran messen lassen müssen, in welchem Maße es gelingt, die Zulieferer in diesen Transformationsprozess miteinzubinden, die Arbeits- und Ausbildungsplätze und damit das vorhandene Know-how zu sichern und letztlich die Wertschöpfung in Deutschland zu erhalten.“